

## Stellungnahme der Freien Wähler Albstadt zum Haushaltsentwurf 2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Konzelmann, Herr Erster Bürgermeister Hollauer, Herr Finanzbürgermeister Mall, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, meine Damen und Herren,

beim Einbringen des Haushalts 2020 im Dezember letzten Jahres mahnten Rednerinnen und Redner vor dunklen Wolken, die den bis dahin so strahlenden Konjunkturmorgen eintrüben könnten. Dass uns wenige Wochen später eine Pandemie vor die größten Herausforderungen stellen wird, die unsere Generation – und dabei kann ich alle hier anwesenden einschließen- je erfahren hat, war außerhalb unseres Vorstellungsvermögens.

In den vergangenen Monaten wurde vieles in unserem Alltag wortwörtlich verrückt. Ziele, Pläne und Prognosen wurden zunichte gemacht – privat und auf kommunaler Ebene.

Eine Bilanz über die finanziellen Auswirkungen der Pandemie wird erst in ein paar Jahren endgültig möglich sein. Sicher ist jedoch schon jetzt, dass die Einnahmen sinken und sich Albstadt auf ein Minus von rund 5 Mio € einstellt. Wie bei anderen Städten auch, sind die drei wichtigen kommunalen Finanzierungsquellen, nämlich Zuweisungen, Steuern und Gebühren von der Wirtschaftskrise betroffen. Landesweit werden in diesem Jahr die kommunalen Steuereinnahmen um über 2 Milliarden € geringer als vor einem Jahr prognostiziert ausfallen, vor allem bedingt durch den Einbruch der Gewerbesteuer. Auf der anderen Seite steigen die Ausgaben, die die Stadt pandemiebedingt bewältigen muss. Hinzu kommt auch, dass als Folge der positiven Steuerkraft 2019 nun hohe Umlagezahlungen anfallen.

Trotz der negativen Prognosen ist für 2021 ein Investitionsvolumen von 28 Mio € im vorliegenden Haushalt eingestellt. Rund 11 Mio € fließen davon in Schulen und den Ausbau der Kinderbetreuung.

Für das kommende Jahr ist eine Kreditaufnahme von 13,5 Mio € geplant, die Verschuldung wird auf rund 44 Mio € ansteigen.

Erstmals seit zehn Jahren wird der Haushalt 2021 nicht ausgeglichen sein.

Hilfe wird den Kommunen durch den Stabilitäts- und Zukunftspakt zugesagt. Dieser – notwendige- Lastenausgleich muss jedoch refinanziert werden, eine Aufgabe, die vor allem zukünftige Generationen zu schultern haben werden.

Welche Konsequenzen ziehen wir aus diesen Zahlen und Fakten? Wie verantwortungsbewusst und generationengerecht ist der Haushalt 2021 aufgestellt? Können wir angesichts der aktuellen Rezession und der ungewissen finanziellen Entwicklung Investitionen in dieser Höhe vertreten, wenn belastbare Planungsgrundlagen für die Einnahmentwicklung fehlen?

Warum die Fraktion der Freien Wähler dem vorliegenden Haushaltsentwurf und den darin enthaltenen Investitionen und Personalkosten zustimmen wird, möchte ich im Folgenden begründen.

Die Corona-Pandemie hat vieles in unserem Alltag verändert, was wir bisher als selbstverständlich angesehen haben. Oder hätten wir vor einem Jahr gedacht, dass Kontakte zu Familie und Freunden zu einem unschätzbaren Gut werden, bei Kindern ganz oben auf dem Wunschzettel steht, dass ein Treffen mit den Großeltern an Weihnachten möglich ist? Oder hätten wir uns vorstellen können, dass wir ein „Hallo“ mit dem Ellenbogen statt mit einem Händeschütteln bekräftigen? Was wussten wir über Inzidenz, AHA-Regeln, Systemrelevanz oder die zentrale Bedeutung von Klopapier?

Wie ein Brennglas macht Corona die Stärken und Schwächen unserer Gesellschaft und unserer Infrastruktur deutlich, oft auf eine drastische, schockierende Weise.

Schnell sind Berufsgruppen, die vorher eher im Verborgenen und recht unbeachtet gewirkt haben, in den Fokus geraten: medizinisches Personal, Pflegekräfte in Krankenhäusern und Altenheimen, Erzieherinnen in den Kitas, LKW-Fahrer und Angestellte in den Einzelhandelsgeschäften und Supermärkten, um nur einige stellvertretend zu nennen.

Wir haben in diesen schwierigen Zeiten erlebt, wie wichtig eine qualifizierte, wohnortnahe medizinische Versorgung ist. Gemeinsam mit dem Landratsamt haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Zollernalbkrankenhauses Unglaubliches geleistet, um die Herausforderungen der Pandemie zu stemmen. Wir können uns nicht genug dafür bedanken, und zwar jetzt genauso wie zu Beginn des Jahres! Es wurde auch deutlich, dass zukunftsfähige Strukturen und eine Vernetzung mit dem ambulanten Bereich unabdingbar sind. Die zeitnahe Realisierung eines Zentralklinikums sehen wir daher weiterhin als dringlichste Aufgabe an. An dieser Stelle möchten wir uns auch bei den Mitgliedern des Kreistags bedanken, die trotz Mehrkosten an der Fertigstellung der zentralen Notaufnahme im Albstädter Krankenhaus festhalten.

Fraktionsübergreifend haben wir uns darauf geeinigt, dass wir in den kommenden Jahren den Schwerpunkt auf Bildung und Betreuung legen werden. Die Pandemie hat gezeigt, dass diese Entscheidung richtig war und ist. Kitas und Schulen stehen in diesen Monaten ganz besonders im Fokus. Lockdown und Schulschließungen bewirkten ein nicht geplantes Bildungsexperiment. Defizite bei der Ausstattung der Gebäude, vor allem aber im Bereich Digitalisierung wurden deutlich. Und manche Schüler haben die Erfahrung gemacht: man kann Schule und Lehrer vermissen.

Wir freuen uns daher, dass im kommenden Jahr in Laufen und in der Ebinger Leipziger Straße zwei moderne Kitas eröffnet werden können. Nach wie vor ist der Bedarf an Betreuungsplätzen in Albstadt aber höher als das Angebot. Auch, und das ist sehr erfreulich, weil in unserer Stadt die Zahl der Kinder im Vergleich zum Landesdurchschnitt deutlich angestiegen ist. Bei der Schaffung weiterer Betreuungsplätze sieht unsere Fraktion also nach wie vor dringenden Handlungsbedarf. Nach der Schließung des Kindergartens Hohberg muss im Stadtteil Onstmettingen nach langfristigen Lösungen gesucht werden. Die Vorschläge eines Bauernhof- und Waldkindergartens sehen wir als Ergänzung des bestehenden Angebots.

Die Umbaumaßnahmen am Schulzentrum Lammerberg laufen nach Plan, und wir konnten uns bei der Vor-Ort-Besichtigung im November davon überzeugen, dass in Tailfingen ein gut durchdachtes, großzügiges und zukunftsfähiges Bildungszentrum entsteht. Wie bei den Kitas steigt auch bei Familien mit Schulkindern der Bedarf an Ganztagesangeboten. In zehn Jahren soll jeder Grundschüler bundesweit einen Anspruch auf einen Ganztages-Betreuungsplatz haben. 3,5 Milliarden Euro sollen die Länder vom Bund erhalten, um Kitas und Schulen entsprechend auszubauen und zusätzliches Personal anzuwerben- vorausgesetzt, die baden-württembergische Landesregierung blockiert nicht länger die Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung.

Albstadt hat sich in der Kita- und Schulentwicklung rechtzeitig und mutig auf den Weg gemacht. An dieser Stelle möchten wir Ihnen, Herrn Triller, und Ihrem Team unseren Dank für das konzeptionelle, weitsichtige Vorgehen aussprechen. Sie waren ein Fürsprecher der Kinder, Jugendlichen und Familien und haben sich nicht gescheut, unbequeme Maßnahmen anzugehen.

Für manche Kinder und Jugendliche wurden Kitas und Schulen in den letzten Monaten zu Zufluchtsorten. Die Freien Wähler unterstützen daher die Aufstockung der Stellen für Schulsozialarbeit, der in der Krise eine noch wichtigere Bedeutung zukommt. Darüber hinaus drängen wir darauf, dass ein Konzept für aufsuchende, beratende und begleitende Jugendarbeit in Form von Streetwork entwickelt wird, um die Jugendlichen zu erreichen, die sonst durch alle Raster fallen. Allein mit Überwachungskameras werden wir sinnlose Zerstörungen wie an der Schalksburgschule nicht eindämmen können.

Niederschwellige Unterstützung wird auch durch die Einrichtung des von der Evangelischen Kirchengemeinde Tailfingen geplanten Familienzentrums ermöglicht. Für die Umsetzung des Projekts wünschen wir viel Erfolg und hoffen auf gute Kooperation und Unterstützung durch städtische Angebote.

Wir alle haben in den vergangenen Monaten erfahren, wie wichtig eine gute Infrastruktur in Krisenzeiten ist. Kürzungen der aktuellen Investitionen sehen die Freien Wähler problematisch, da bleibende Schäden an der Infrastruktur die Folge wären. Herr Mall, Sie hatten in Ihrer Haushaltsrede den Sanierungsbedarf und die damit zusammenhängende verdeckte Verschuldung angesprochen.

Die Rezession zwingt uns, noch genauer hinzusehen, auf welche Bereiche wir uns in den kommenden Jahren konzentrieren müssen, um unsere Stadt zukunftsfähig weiterzuentwickeln. Einige weitere wichtige Standortfaktoren möchte ich noch kurz aufgreifen.

Viele Unternehmen und Selbständige hat die Krise in existenzielle Nöte gebracht, Arbeitnehmer sind in Kurzarbeit oder haben ihre Arbeitsstelle verloren. Gerade jetzt sollten Kommunen investieren und zu Akteuren der Krisenbewältigung werden. Die Freien Wähler sehen daher die Entscheidung für das Gewerbegebiet Hirnau in Lautlingen als zukunftsweisendes Signal. Auch die Schaffung von ansprechendem, bedarfsgerechtem Wohnraum und Bauplätzen in allen Stadtteilen– realisierbar beispielsweise in Pfeffingen im Bereich „Schule“ und auf „Stocken“ in Onstmettingen- sollten auf der Agenda stehen.

Dass die Digitalisierung weiter vorangebracht werden muss, wurde nicht nur in den Schulen deutlich. Viele Unternehmen waren in diesen Monaten noch mehr auf ein schnelles, funktionierendes Internet angewiesen. In privaten Haushalten mussten sich Eltern im Homeoffice den Arbeitsplatz mit ihren Kindern teilen. Auch die Verwaltung war gefordert, da viele Dienstleistungen digital angeboten werden mussten.

Lockdown und Reiseeinschränkungen hatten aber auch positive Effekte. Wir haben – hoffentlich- gelernt, den Einzelhandel und die Gastronomie vor Ort noch mehr zu schätzen. Die Unternehmer und Einzelhändler haben im Kampf gegen den Onlinehandel, auch mit Unterstützung durch die Stadt, kreative Ideen entwickelt. Letztendlich entscheidet aber jeder Einzelne von uns mit seinem Kaufverhalten, ob wir auch nach der Krise attraktive, belebte Innenstädte haben werden. Corona hat auch ein Licht auf die Arbeitsbedingungen in manchen Großbetrieben geworfen, die sich zu Hotspots entwickelt hatten. Regionale Produkte und Wertschöpfung sollten deshalb eine größere Bedeutung erfahren. Im Sinne des Tierschutzes sollte sich die Stadt an der Diskussion um einen regionalen Schlachthof beteiligen.

Ein Hotspot im positiven Sinn wurden unsere Traufgänge als Alternative zum Urlaub am Mittelmeer. Der erfreuliche Zuspruch hat auf der anderen Seite deutlich gemacht, dass wir uns auch mit den Folgeerscheinungen wie ansprechenden Parkmöglichkeiten mit der entsprechenden Infrastruktur beschäftigen müssen. Auch im Bereich Kultur gibt es Neues. Wir hoffen darauf, dass wir im nächsten Jahr die Neueröffnung unseres Kunstmuseums und das „Re-Fresh“ des Maschenmuseums mit vielen Gästen feiern können.

Ein wichtiger Teil einer funktionierenden Infrastruktur ist der ÖPNV. Es zeichnet sich ab, dass im kommenden Jahr mit dem „Jahrhundertprojekt Regionalstadtbahn“ und der möglichen Reaktivierung der Talgangbahn eine der weitreichendsten Weichenstellungen in diesem Bereich ansteht. Durch das geplante Reaktivierungsprogramm und die Finanzierungszusagen von Bund und Land sind die Voraussetzungen für eine Realisierung greifbar wie noch nie. Sobald belastbare Zahlen für verbleibende Kosten und Folgekosten vorliegen, muss sich die Stadt positionieren, vor allem, wenn die Zuschüsse im Windhund-Verfahren vergeben werden sollten.

Trotz der hohen Neuverschuldung werden wir den Investitionsstau nicht auflösen können. Bei vielen städtischen Gebäuden stehen energetische Sanierungen an, die wir schon aus unserer ökologischen Verantwortung heraus zeitnah angehen müssen. Auch wenn in der aktuellen Krise kein finanzieller Handlungsspielraum bleibt, müssen wir uns mit der Hallenkonzeption einschließlich der Entscheidung über eine Kulturhalle auseinandersetzen.

An letzter Stelle jeder Haushaltsrede steht der Dank. Der nimmt diesmal mehr Raum ein als sonst. Unsere Fraktion möchte all denjenigen Respekt und Dank aussprechen, die in diesen schwierigen Zeiten viel geleistet und sich für andere eingesetzt haben. Neben Rettungskräften, Feuerwehr und medizinischen Personal, Reinigungsteams und vielen anderen, die an der „Front“ häufig selbst große Risiken eingehen sind das auch diejenigen, die Nachbarn in Quarantäne mit Lebensmittel und Medikamenten versorgt und sich auf vielfältige Weise ehrenamtlich engagiert haben. Eigentlich sollte das kürzlich gewählte Wort des Jahres nicht „Corona-Pandemie“, sondern „Solidarität“ heißen.

Unser Dank gilt natürlich auch Ihnen, Herrn Oberbürgermeister Konzelmann, Herrn Hollauer und Herrn Mall stellvertretend für ihre Teams, die sich mit großem Engagement den Herausforderungen gestellt haben. Den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurde in diesem Jahr viel abverlangt. Bei manchen Mitbürgern sind anfänglicher Respekt und Dankbarkeit in Ungeduld umgeschlagen, was den Umgang nicht leicht macht.

Wir wollen auch Ihnen, Frau Braun, dafür danken, dass Sie die Sitzungen unter Pandemiebedingungen und den Umzug hier in die Festhalle so souverän organisiert haben.

Herr Pannewitz, Ihnen und Ihrem Team danken wir für die Erstellung, die häufige Aktualisierung und Erläuterung der Zahlen.

Wir wünschen Ihnen allen, dass Sie zuversichtlich und gesund ins Neue Jahr starten können.

**Die Fraktion der Freien Wähler Albstadt wird dem Haushaltsentwurf 2021 zustimmen.**

Es gilt das gesprochene Wort